

## AUS DER SESSION



## Mehrausgaben von 133 Millionen

Der Nationalrat hat Anträge der Linken klar abgelehnt, im Budget die Einnahmen der Mehrwertsteuer um 200 Millionen Franken und jene der direkten Bundessteuer um 50 Millionen Franken höher anzusetzen. Mit dem Abschluss der Beratung des Nationalrats enthält das Budget 2015 bei Gesamteinnahmen von 67,527 Milliarden Franken einen Überschuss von 381 Millionen Franken und damit 133 Millionen mehr Ausgaben, als der Bundesrat beantragt hatte. Der Nationalrat stimmte dem Budget mit 107 gegen 54 Stimmen bei 24 Enthaltungen zu. Der Ständerat berät das Budget am Montag.

## Unterirdische Stromleitungen

Das Parlament will die unterirdische Verlegung von Hochspannungsleitungen erleichtern. Der Ständerat hat eine Motion mit diesem Anliegen in einer vom Nationalrat angepassten Formulierung angenommen. Die Motion verlangte ursprünglich, dass Projekte für unterirdische Hochspannungsleitungen beschleunigt behandelt werden müssen. Die Mehrkosten sollten von den Netzbetreibern auf die Stromkunden überwält werden können. Nun hat der Bundesrat vorerst nur den Auftrag, die Kostenüberwälzung zu prüfen. Zudem sollen alle Projekte für Hochspannungsleitungen rascher behandelt werden.

## Verbrennen von Biomasse

Das Parlament will die geltenden Einschränkungen für das Verbrennen von Biomasse lockern. Das betrifft beispielsweise Hofdünger oder Reste von Nahrungsmitteln. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion vom Nationalrat Ruedi Lustenberger (csp., Luzern) angenommen. Der Entscheid fiel mit 24 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Motionär will mit seinem Vorstoss «bestehende Behinderungen» abschaffen. Lustenberger verweist im Nationalrat auf eine in seinem Kanton ansässige Firma, die beim Einholen von Bewilligungen beim Bund immer wieder auf Widerstand gestossen war. Der Bundesrat, welcher die Motion zur Ablehnung empfohlen hatte, hat nun den Auftrag, die Beschränkungen für das Verbrennen von Biomasse zu lockern.

## Kompromiss bei Medizinalberufen

Bei der Revision des Medizinalberufegesetzes zeichnet sich ein Kompromiss in der Sprachenfrage ab. Arbeitnehmer in universitären Medizinalberufen müssen über die notwendigen Sprachkenntnisse für die jeweilige Berufsausübung verfügen. Für die Kontrolle wäre der Arbeitgeber zuständig. Dies hat der Ständerat beschlossen. Der Nationalrat hatte in der Herbstsession beschlossen, dass eine Landessprache beherrschen muss, wer sich ins Medizinalberuferegister eintragen lassen will. Bei den übrigen Differenzen ist der Ständerat auf den Kurs des Nationalrats eingeschwenkt. Dieser muss nun noch über den Kompromissvorschlag befinden. Stimmt er diesem zu, ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung.

## Keine Debatte über Insieme-Bericht

Im Ständerat stand der Bericht der Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung des Insieme-Debakels auf der Traktandenliste. Doch der Rat führte keine Debatte darüber. Er will abwarten, bis sich der Bundesrat dazu äussert und bis die von den Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen im Rahmen des Berichtes beschlossenen Vorstösse behandelt werden. Er beschränkte sich auf eine mündliche Zusammenfassung von Paul Niederberger (Nidwalden, csp.) des 373 Seiten starken Berichts und dessen Kenntnisnahme.

flj./sda

## Nationalrat spielt mit dem Feuer

Kontroverse Umsetzung der globalen Regeln zur Geldwäschereibekämpfung

Der Nationalrat will weder ein Barzahlungsverbot ab 100 000 Franken noch spezielle Sorgfaltspflichten für Händler. Im kommenden Länderexamen zur Geldwäschereibekämpfung dürfte die Schweiz mit der Nationalratsversion Mühe haben.

Hansueli Schöchli, Bern

Soll die Schweiz internationale Regulierungsstandards übernehmen, selbst wenn sie diese zum Teil zweifelhaft findet? Ein Musterbeispiel für diese oft diskutierte Frage ist die Kontroverse um die Umsetzung der revidierten Globalstandards zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Gafi-Richtlinien). Es gibt einige Zweifel über die Standards – wie etwa die Verknüpfung zwischen Geldwäscherei und Steuerdelikten –, doch aus Sicht des Bundesrats wären die Nachteile eines Abseitsstehens (Reputationsschaden und Aussicht auf wirtschaftliche Sanktionen) weit grösser.

## Offenlegung für Inhaberaktien

Der Nationalrat weichte im Juni die Vorlage des Bundesrats und Ständerats so stark auf, dass der Schweiz damit das Durchfallen im Gafi-Länderexamen 2015 drohen würde. Nun hat die grosse Kammer einen Teil ihres Widerstands aufgegeben. Bei der Transparenzpflicht für Inhaberaktien verzichtete der Nationalrat mit deutlicher Mehrheit auf Schwellenwerte, welche die meisten Aktiengesellschaften und GmbH ausgenommen hätten. Zudem übernahm der Nationalrat mit 97 zu 83 Stimmen die ständerätliche Definition der quali-

fizierten Steuerdelikte (Urkundenfälschung und hinterzogene Steuern von über 300 000 Franken pro Steuerperiode). Diese Delikte gelten künftig als Vortat zur Geldwäscherei, was bei Verdacht Meldepflichten der Finanzinstitute auslöst. Die frühere Definition des Nationalrats war so restriktiv, dass es bei den direkten Steuern kaum Anwendungsfälle gegeben hätte.

Überdies sprach sich der Nationalrat mit 100 zu 83 Stimmen dafür aus, eidgenössische Parlamentarier zu den «politisch exponierten Personen» zu zählen; Finanzinstitute haben bei solchen Kunden zusätzliche Sorgfaltspflichten.

Vor allem in zwei Punkten blieb der Nationalrat auf einem harten Kurs. Laut Gafi-Regeln dürfen Finanzinstitute nach einer Verdachtsmeldung an die Geldwäschereibehörde die betroffenen Kunden wegen Verdunkelungsgefahr nicht informieren. Der Nationalrat nahm aber mit 94 zu 83 Stimmen einen Antrag aus der FDP an, wonach eine solche Information im Rahmen der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Kunden möglich ist. Laut Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf würde dies die Gafi-Idee ins Gegenteil kehren, denn die Rechenschaftspflicht gemäss Obligationenrecht hiesse, dass Kunden jederzeit Auskünfte verlangen könnten.

Auch in der Bargeld-Kontroverse segelte der Nationalrat hart am Wind. Er blieb bei seiner Ablehnung des vom Bundesrat vorgeschlagenen Barzahlungsverbots über 100 000 Franken und sprach sich mit 94 zu 90 Stimmen auch gegen den Kompromissvorschlag aus, der für Händler aller Branchen bei Barzahlungen über 100 000 Franken zusätzliche Sorgfaltspflichten vorsah. Die Definition dieser Pflichten mag noch Diskussionsstoff geben.

Die beiden Hauptdifferenzen des Nationalrats zur kleinen Kammer beruhen auf einer Allianz von SVP, FDP und etwa der Hälfte der CVP-Fraktion, welche das Zünglein an der Waage spielt. Während die SVP grundsätzliche Gegnerschaft markiert (wohl in der Hoffnung, dass die Mitteparteien den Schaden in Grenzen halten), wollen FDP und CVP die Gafi-Vorgaben erfüllen, aber die Spielräume bis zum Äussersten ausreizen und austesten.

## «Die Note 4 genügt»

Beim Gafi-Länderexamen ist es wie bei Schultests: Für eine genügende Note muss nicht alles richtig sein. «Die Note 4 genügt», sagt eine bürgerliche Parlamentarierin. Und im Notfall könne man später ja noch nachbessern. Ob die Nationalratsvorlage für eine genügende Note reichen würde, ist fraglich. Das Finanzdepartement scheint eher nicht daran zu glauben. Nachsitzen muss keine Schande sein, wäre aber auch kein Ruhmesblatt. Der Ruf eines Minimalisten in Sachen Geldwäschereibekämpfung, der immer erst auf klaren Aussen- druck spurt, würde jedenfalls kaum den Schweizer Interessen dienen.

Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat, der sich noch in dieser Session damit befasst. Die Zeit ist wichtig, weil eine fertige Vorlage für das im Frühjahr 2015 anlaufende Länderexamen hilfreich wäre. Dem Vernehmen nach ist der politische Wille da, auch den Abschluss der Differenzvereinbarung noch in dieser Session zu ermöglichen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse (klar im Ständerat, knapp im Nationalrat) ist es gut möglich, dass der Nationalrat am Ende doch auf einen konzilianteren Kurs einschwenken wird.

## Im Banne des nachhaltigen Verkehrs

Tessiner Kantonsparlament bewilligt Gelder zur Förderung umweltfreundlicher Fahrzeuge

pja. Locarno · Ein Volk von Autofahrern: Dieser Ausspruch gilt nicht nur für Italien, sondern auch für dessen kleinen Tessiner Nachbarn. Denn auch in der Südschweiz ist das Gefühl von Freiheit am Steuer fester Bestandteil der Italianità. Die Situation im rund 350 000 Bewohner zählenden Südkanton illustriert am besten Lugano. Gemäss dem Bundesamt für Statistik weist die grösste Tessiner Stadt pro tausend Einwohner 608 Fahrzeuge auf und entpuppt sich damit im europäischen Vergleich als Spitzenreiter; an zweiter Stelle rangiert Prag mit 541 Personenwagen.

## Schlechte Luft

115 000 Fahrzeuge durchqueren täglich den Grossraum Lugano – und in der Südtessiner Gemeinde Ligornetto drängen sich werktags etwa 10 000 Autos durch die befahrbaren engen Gassen des Dorfkerns. Velofahrer sind auf Tes-

siner Strassen im Vergleich zur Deutschschweiz nur sehr wenige auszumachen, und die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel wird mit 30 bis 50 Prozent angegeben. Aufgrund dieser Dominanz von Motorfahrzeugen, des internationalen Durchgangsverkehrs auf der Nord-Süd-Achse und der Nähe zur dichtbesiedelten Po-Ebene kämpft das Tessin seit längerem um eine akzeptable Luftqualität. Für eine weitere Zuspitzung der Situation sorgen die 62 000 italienischen Grenzgänger, die fast alle mit dem Auto zur Arbeit fahren.

Angesichts solcher Zahlen mehren sich die Vorstösse zugunsten eines nachhaltigen Verkehrs. Nachdem das Tessiner Parlament letztes Jahr keine 30 Millionen Franken zur Förderung umweltfreundlicher Fahrzeuge hatte bewilligen wollen, hat es diese Woche auf Antrag der Kantonsregierung 16 Millionen zu besagtem Zweck gutgeheissen. Mit diesem Geld sollen jene unterstützt wer-

den, die sich ein Auto mit Elektro- oder Methangas-Motor zulegen wollen. Pro Person können je nach Anzahl Sitze im neuen Auto maximal 7500 Franken bewilligt werden, und zwar für mindestens zweiseitige Fahrzeuge, die bis zu 50 000 Franken kosten. Es gibt aber eine klare Bedingung: Sein bisheriges Fahrzeug mit konventionellem Verbrennungsmotor muss der Käufer verschrotten lassen.

## Höhere Verkehrssteuer

Weiter sollen mit den 16 Millionen auch der Bau von Methangas-Tankstellen und Ladestationen für Elektroautos unterstützt sowie Firmen angeregt werden, für ihre Mitarbeiter ein Carpooling und Carsharing einzurichten. Die 16 Millionen werden über eine Erhöhung der Verkehrssteuer von 1,5 Prozent beschafft. Dies entspräche 15 Franken pro Person. Jedoch ist eine Erhöhung auf bis zu 5 Prozent nicht auszuschliessen.

## Bund will energetischer Musterschüler sein

Verwaltung und Bundesbetriebe setzen sich realistische Effizienzziele

dsc. · Der Donnerstag war für Bundesrätin Doris Leuthard doch nicht so ereignisreich wie geplant, wurde doch der Beginn der Debatte zur Energiestrategie 2050 in der Agenda des Nationalrats auf Montag verschoben. Als einer der energiepolitischen Termine verblieb die Unterzeichnung einer Absichtserklärung unter dem Stichwort «Energie-Vorbild Bund». Bundesverwaltung, SBB, Post, Swisscom, Skyguide sowie die ETH-Institutionen verpflichten sich darin, die Effizienz bis 2020 gegenüber 2006 um 25 Prozent zu erhöhen. Bis 2013 wurden immerhin 173 Prozent erreicht. Notabene: Diese Zahl ist nicht zu verwechseln mit dem Verbrauch. So haben etwa die SBB die Effizienz erhöht, obwohl der Verbrauch gestiegen ist.

Die Vorbildfunktion des Bundes ist im bundesrätlichen Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 vorgesehen. Die SBB wollen etwa bis 2025 nur noch mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen fahren. Dieses Ziel wird bereits heute mittels eines Bezugsvertrags mit einem französischen Wasserkraftwerk zumindest auf Papier zu 90 Prozent erreicht. Gleichzeitig wird in die Effizienz investiert, durch eine sparsame Fahrweise sowie einen «Schlummermodus» für die Klimaanlage in den Zügen.

Die Post senkte zwischen 2006 und 2013 den Gesamtenergiebedarf um 6 Prozent, obwohl die Paketmenge und die Fahrkilometer der Postautos zugenommen haben, so die Medienmitteilung des Departements für Umwelt,

Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Ein Rezept der Post: Viele Fahrzeuge haben nun alternative Antriebe. Mit 5500 Elektrorollern in der Briefzustellung unterhalte die Post die grösste derartige Flotte Europas, so das Uvek. Die Swisscom verzeichnete 2013 einen leicht sinkenden Verbrauch, obwohl das Netz ausgebaut wurde. Ausserdem erwähnt der Konzern Effizienzfortschritte bei der Kundschaft, etwa durch die Durchführung von Videokonferenzen als Ersatz für Reisen.

Die Effizienzziele lassen sich allerdings nicht in allen Bereichen der Bundesverwaltung anpeilen. Die Flugzeuge des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport sind beispielsweise davon ausgenommen.

## APROPOS

## Ueli Maurer im Medaillenregen

René Zeller · Es ist ja nicht so, dass Ueli Maurer für seine beste Armee der Welt nonstop mit Lob überschüttet wird. Umso schöner für den Verteidigungsminister, dass sich seine vielgescholtene Entourage trotzdem gelegentlich brüsten darf. Die jüngste Erfolgsmeldung lautet: Das Verteidigungsdepartement hat einen kompletten Medaillensatz eingeheimst: Gold, Silber, Bronze.

Wie kommt das? Die Erfolgsstory hat das im VBS angesiedelte Zentrum elektronische Medien geschrieben. Bei dieser Stelle handelt es sich um die Nachfolgerin des Armeefilmdienstes, der im Zweiten Weltkrieg von General Henri Guisan zwecks Stärkung des Wehrwillens gegründet und 1959 durch eine Verfügung des Bundesrats offiziellisiert wurde. Seither haben sich die Spielarten in der multimedialen Kampfbühne vervielfacht – und das Verteidigungsdepartement hält wacker mit. Im Zuge der Armee XXI ist der Armeefilmdienst zum audiovisuell-interaktiven Hochleistungsbetrieb kampfwertgesteigert worden.

Ueli Maurers 30-köpfige Multimedia-Division, die von Milizsoldaten unterstützt wird, ist Weltspitze. In einer Medienmitteilung verkündete die Logistikbasis der Armee am Donnerstag, das Verteidigungsdepartement könne auf einen fabulösen Filmherbst zurückblicken. Eine bronzene Auszeichnung ging an das Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Deren TV-Spot, in dem die lästigen Sirenentests angekündigt werden, errang am Wettbewerb für Auftrags- und Werbefilme in Zürich den respektablen dritten Rang. Auf dem zweitobersten Treppchen landete der knapp 12-minütige Film zum 100-jährigen Bestehen der Schweizer Luftwaffe («The birth of the Swiss Air Force»). Dieser Streifen gewann am militärhistorischen Filmfestival in Warschau einen «Silbernen Säbel».

Der Abräumer schlechthin ist aber der Film «Feel the Real», der das Einsatzspektrum der «Full Flight Simulator» für Superpumas und Eurocopter sowie den «Fixed Bases Simulator» für PC-21 im Trainingscenter Emmen vorstellt. Dieser Streifen habe am International Defence Film Festival im italienischen Bracciano abgeräumt: Gold!

Preisverdächtig wäre auch der Dokumentarfilm «Grounding of the Gripen». Dem Vernehmen nach hat Ueli Maurer diese Produktion noch nicht bewilligt.

## IKRK bittet um Rekordbudget

1,6 Milliarden Franken für 2015

(sda) · Wegen der Versorgung von immer mehr Opfern bewaffneter Konflikte benötigt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) so viel Geld wie nie zuvor. Mindestens 1,6 Milliarden Franken braucht das IKRK nach eigenen Angaben im kommenden Jahr für seine Arbeit. Das ist ein Viertel mehr, als das Budget der humanitären Organisation vor einem Jahr vorsah. Anders könne das IKRK der wachsenden Zahl von Notleidenden in Konflikten wie in Syrien und im Irak, im Gazastreifen, im Südsudan und in der Ostukraine nicht die erforderliche Hilfe leisten, erklärte IKRK-Präsident Peter Maurer am Donnerstag in Genf.

Von den 1,6 Milliarden Franken will das IKRK rund 1,4 Milliarden für seine humanitären Operationen einsetzen und 0,2 Milliarden Franken für den Betrieb am Hauptsitz. Zahlreiche grosse Krisen und Konflikte ohne Aussicht auf eine politische Lösung liessen die Ausgaben unerbittlich steigen, sagte Maurer. Das Budget liege zum dritten Mal in Folge höher, und doch reichen die Mittel nicht für die immer grösser werdenden Bedürfnisse. Angesichts der stetig steigenden Ausgaben will das IKRK bei den Verwaltungskosten sparen. Die Organisation plant, gewisse administrative Aufgaben vom Hauptsitz in Genf in weniger teure Städte zu verlagern.